

**Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb)
über den Ablösebetrag für nicht herzustellende
Kraftfahrzeugeinstellplätze
(Ablösesatzung)
vom 29.10.2001**

(Amtsblatt Weser-Ems vom 23. November 2001, Seite 1156)

Aufgrund der §§ 6 und 83 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 22. August 1996 (Nds. GVBl. S. 382), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. März 1999 (Nds. GVBl. S. 74) unter Berücksichtigung der Übergangsregelungen gemäß Artikel 11 Nummer 12 des Gesetzes zur Reform des Niedersächsischen Kommunalverfassungsrechts vom 1. April 1996 (GVBl. Seite 82, 227), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 28. Mai 1996 (GVBl. Seite 242) und des § 47 a der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) in der Fassung vom 13. Juli 1995 (Nds. GVBl. Seite 199), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Oktober 1997 (Nds. GVBl. Seite 422), hat der Rat der Stadt Oldenburg (Oldb) folgende Satzung beschlossen:

**§ 1
Ablösung in den Zonen 1 und 2**

(1) Der Geldbetrag, den der Bauherr oder ein nach § 61 NBauO Verantwortlicher an die Stadt Oldenburg (Oldb) dafür zu zahlen hat, dass er notwendige Einstellplätze ausnahmsweise (§ 47 Absatz 5 NBauO) nicht herzustellen braucht, wird für die

Zone 1 auf 9.900 Euro je Einstellplatz und für die

Zone 2 auf 4.800 Euro je Einstellplatz

festgesetzt.

(2) Die Zone 1 umfasst den Innenstadtbereich, der begrenzt wird durch die Straßen

Paradewall, Schloßwall, Theaterwall, Heiligengeistwall, Staulinie, Poststraße; weiterhin gehören zur Zone 1 die Grundstücke an der Heiligengeiststraße (Staulinie bis zu der 91er-Straße).

(3) Die Zone 2 umfaßt das Bahnhofsviertel, das begrenzt wird durch die Straßen

Hafenstraße, Staupromenade, Stau, Staugraben, Am Stadtmuseum, Bundesbahnweg, Moslestraße, Bahnhofplatz, Güterstraße, Ankerstraße, südlich des Bundesbahngeländes bis einschließlich Stau 91 (Flurstück 1032/1).

§ 2 **Ablösungen außerhalb der Zonen 1 und 2**

(1) Für Ablösungen außerhalb der Zonen 1 und 2 wird der Geldbetrag (G) nach der Formel $G = 0,6 \times (GK + H)$ berechnet. Die Grundstückskosten (GK) werden nach dem Bodenrichtwert der jeweils gültigen Bodenrichtwertkarte, multipliziert mit einer Stellplatzfläche von 25 Quadratmetern, ermittelt. Die Herstellungskosten (H) werden auf 1.900 Euro festgesetzt.

(2) Liegt das Baugrundstück nicht in einer Richtwertzone, so ist der Bodenwert aus den Richtwerten benachbarter, nach Art und Maß der baulichen Nutzung vergleichbarer Richtwerte zu ermitteln; hilfsweise kann der Bodenwert nach dem Kaufpreis ermittelt werden.

§ 3 **Inkrafttreten**

Die Satzung tritt am 1. Januar 2002 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) über den Ablösebetrag für nicht herzustellende Kfz-Einstellplätze vom 14. Juni 1993, sowie die Änderungssatzung vom 20. Mai 1997, durch die die §§ 1 Absatz 1 und 2 Absatz 1 geändert wurden, außer Kraft.